

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

Band 12

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/112

Der NWO-Moloch "Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft" (NATO)

Um klar zu sehen, genügt oft genug ein Wechsel der Blickrichtung.

Antoine de Saint Exupery, eigentlich Marie Roger Comte (1900-1944, französischer Schriftsteller)

In Washington wurde am 4. April 1949 die NATO gegründet. 10 europäische Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal) schlossen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.

Die Präambel der NATO (North Atlantic Treaty Organization) lautete wie folgt (x243/220):
>>Die vertragsschließenden Staaten ... sind entschlossen, die Freiheit, ... gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen, ... die Stabilität und Wohlfahrt im nordatlantischen Gebiet zu fördern, ... ihre Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung und um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit zu vereinigen. ...<<

In diesem Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 hieß es z.B. (x301/154-155): >>Artikel 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind. ...

Artikel 5: Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder der Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen oder zu erhalten. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...

Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.

Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Riesen-

reichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.

In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von einer Milliarde Dollar anbot.

Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika. Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hundertweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. ...

Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".

Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprengköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren. Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.

Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (46/1951) berichtete am 14. November 1951 über die Nordatlantikpakt-Organisation: >>Ende des Wunschtraums_

Kaum hatte Ike Eisenhower die Tür seiner viermotorigen Constellation-Maschine geöffnet, als ein Vertreter der "Chicago Tribune", des Hausblattes der amerikanischen Isolationisten, wissen wollte, ob die Nordatlantikpakt-Organisation "kurz vor ihrem Zusammenbruch" stehe. Erbst fuhr Eisenhower herum und keuchte: "Was für eine dumme Frage. Ich habe nie etwas Unsinnigeres gehört."

Von einem totalen Zusammenbruch der NATO ist keine Rede. Aber die Organisation steckt in

schweren Nöten. Um sich über sie zu unterrichten, hatte Präsident Truman den General nach Washington kommen lassen. Nach der Konferenz mit dem General erklärte Truman: "Ich glaube nicht, daß sich viele Leute bewußt sind, daß wir mitten in der größten Krise stehen, die uns je widerfahren ist. Wir müssen ihr ins Auge sehen ..."

Den Grund für diese Bemerkung Trumans zeigt Roscoe Drummond, der Washingtoner Korrespondent der nüchternen, hochangesehenen Zeitung "Christian Science Monitor": "Alle Empfehlungen General Eisenhowers an Washington kreisen um seine Überzeugung, daß der Kreml den totalen Krieg im Jahre 1952 starten könnte ... Eisenhower erklärt nicht, daß der Krieg unvermeidlich sei. Aber er besteht darauf, daß die sicherste und notwendigste militärische Entscheidung der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten so ausfallen müsse, als ob der Krieg im nächsten Jahr unvermeidlich sei. Eisenhowers Schätzungen der sowjetischen Gefahr entspringen nicht einer hoffnungslosen Überzeugung vom jetzigen westlichen Rüstungsstand, sondern der Gewißheit, daß die wachsende Stärke der Atlantik-Allianz das Aktionsgebiet des Kreml gegen die freie Welt immer mehr einengt."

Seit der NATO-Konferenz in Ottawa sitzen in Paris die "drei Weisen" (die Vertreter der USA, Frankreichs und Großbritanniens) und die "zwölf Apostel" (die Vertreter der zwölf NATO-Staaten) unter dem Vorsitz von Trumans "Problemknacker" W. Averell Harriman zusammen, um zu untersuchen, weshalb es mit dem großen atlantischen Verteidigungs-Programm nicht vorangeht.

Das Programm wurde 1949 von den NATO-Mitgliedsstaaten auf einer Konferenz in Brüssel aufgestellt. Damals wurde entschieden, daß man zunächst ein zeitliches Planziel für die Aufrüstung haben müsse. Es wurde geschätzt, wann die Sowjets genug Atombomben besitzen würden, um einen großen Krieg starten zu können. Dann wurde einkalkuliert, wann den Deutschen erlaubt werden sollte, der NATO-Armee beizutreten (ohne sich zu vergewissern, wie die Deutschen dazu stehen). Schließlich einigte man sich auf einen Termin: Juli 1954. Zu diesem Zeitpunkt müsse die NATO über 60 kampfbereite Divisionen verfügen, um die östlichen Invasoren zurückzuschlagen.

Der Ausbruch des Korea-Krieges verlieh dem Programm einige Dringlichkeit. Aber da stiegen auch die Rohstoffpreise, die Marshall-Hilfe versiegte. Die eben einigermaßen gesund gewordene Wirtschaft Europas erlebte einen schlimmen Rückfall.

Als Ike Eisenhower im Januar 1951 in Paris eintraf, um das Kommando über das europäische NATO-Hauptquartier (SHAPE) zu übernehmen, war auf dem Festland noch nichts geleistet worden.

Auf Eisenhowers Drängen stationierten die USA insgesamt fünf Divisionen als anspornendes Beispiel in Europa, aber die Franzosen kamen lediglich mit ihrem Europa-Armee-Plan, um den amerikanischen Wunsch nach dem deutschen Wehrbeitrag zu neutralisieren.

Halb aus Verzweiflung über Frankreichs passive Résistance, halb aus idealistischer Begeisterung an den europäischen Einheitsplänen ("Auf die Dauer sind Europas Probleme nur durch völlige Integrierung zu lösen") akzeptierte Eisenhower schließlich den Plevin-Plan. Europa-Armee-Experten aus den sechs Schuman-Plan-Nationen trafen sich in Paris, um über die Stärke der nationalen Kontingente Haare zu spalten und verwirrend komplizierte Organisationspläne aufzustellen. Nur die Nichtexistenz einer wirksamen Verteidigungsstreitmacht blieb bestehen.

Den entmutigenden Beweis dafür erbrachten die Herbstmanöver der NATO-Streitkräfte in Westdeutschland. Sie zeigten, daß in Westeuropa insgesamt zehn Divisionen (Zwischenziel 1951 im 1954er Plan: 20 Divisionen) stehen, die laut Urteil des US-Kommandos in Europa "den Vormarsch des Feindes möglicherweise bremsen können." Die beiden französischen Divisionen in Deutschland haben Munition für drei Tage.

Ergebnisse der zum Teil mit amerikanischen Rüstungshilfe-Geldern in Gang gesetzten eige-

nen französischen Rüstungsproduktion:

Artillerie: 120 Steilfeuerschütze, Kaliber 10,5 cm, im Bau. 100 15,5-cm- und 100 12-cm-Geschütze, in Auftrag gegeben.

Panzer: Eine Entscheidung, ob der neue 50-Tonnen-Panzer der Franzosen serienmäßig hergestellt werden soll, ist noch nicht gefallen. Bei der Parade am Bastillen-Feiertag (14. Juli) wurde ein moderner Panzer vorgeführt. Er ist 13 Tonnen schwer, hat eine Stundengeschwindigkeit von 70 Kilometern und trägt eine durchschlagskräftige acht Meter lange 7,5-cm-Kanone zur Panzerjagd. Für die französische Armee waren nur Versuchsmodelle gebaut worden, als die Schweizer Regierung sich entschloß, gute geländegängige Panzerabwehrwaffen für die Verteidigung der Eidgenossenschaft einzukaufen. Kaufverhandlungen der Schweizer mit USA, Schweden und Großbritannien hatten sich wegen zu langer Lieferfristen zerschlagen (nach Beendigung des laufenden Brüsseler NATO-Programms 1954-55).

Aber die NATO-Macht Frankreich sagte den nicht im Atlantikpakt organisierten Schweizern sofortige Lieferung zu, und zwar für 200 Panzerjäger für 120 Millionen harte Schweizerfranken.

Entrüstung im SHAPE. Oberst Fawler vom US-Waffenlieferungsbüro überbrachte französischen Stellen mündlich Bescheid, daß die US-Waffenlieferungen an Frankreich bei Ausführung des Auftrags gekürzt würden. Großbritanniens Vertreter, Generalmajor McNabb, schloß sich dem US-Protest an. SHAPE erklärte, daß Frankreich ohne SHAPE-Genehmigung nicht liefern dürfe. Paris protestierte durch General Goué vom Armeesekretariat, das sei eine "unstatthafte Einmischung in die französischen Hoheitsrechte".

An Pleiten dieser Art ist nicht nur mangelnder französischer Wehrwille schuld. Dazu kommt die Desorganisation der zum großen Teil altmodischen Wirtschaft Frankreichs, die mangelnde Steuer- und Arbeitsmoral der Franzosen. Das Kernproblem der europäischen NATO-Partner ist wirtschaftlicher Natur.

Im laufenden Finanzjahr (1. Juli 1951 bis 30. Juni 1952) beträgt das Dollar-Defizit Frankreichs 750 Millionen. Den projektierten Ausgaben in Höhe von 1,025 Milliarden Dollars stehen Dollar-Einkünfte in Höhe von 275 Millionen gegenüber. Das Defizit wird nicht einmal zu einem Drittel durch einen Betrag der US-Wirtschaftshilfe (im günstigsten Falle 200 Millionen Dollar) und amerikanische Industrieliehen gedeckt.

Das Budget-Problem zeichnet sich in den Zahlen ab, die Frankreich im laufenden Finanzjahr für militärische Zwecke vorgesehen hat, nämlich rund 800 Milliarden Francs, ein Viertel des Gesamtetats.

Von diesen 800 Milliarden wird der Krieg in Indochina rund 350 Milliarden verschlucken. Der Rest in Höhe von 450 Milliarden reicht eben hin, den jetzigen kümmerlichen Rüstungsstand aufrechtzuerhalten.

Für Großbritannien, das im Finanzjahr 1950/51 für militärische Zwecke 777 Millionen Pfund Sterling ausgegeben hatte, ist das finanztechnische Rüstungsproblem der Dollar. Die gegenwärtigen Dollar-Reserven Großbritanniens belaufen sich auf rund 3 Milliarden. Wenn aber der gegenwärtige Dollar-Rückfluß aus England anhält, werden sie innerhalb von 10 Monaten aufgebraucht und das Land völlig bankrott sein.

Das waren die Resultate der Untersuchungen des "Rates der Weisen" in Paris. Ihre Schlußfolgerung: das Brüsseler Aufrüstungsprogramm ist dabei, die prekären Volkswirtschaften Westeuropas zu ruinieren.

Inzwischen mehrten sich die beunruhigenden Meldungen über die Fortschritte in der Aufrüstung in den Ostblockstaaten (SPIEGEL Nr. 45/51). Eisenhowers Geduld war zu Ende. Man müsse das 1954er Programm, argumentierte er, aufgeben, weil voraussichtlich auch bis 1954 nur eine Vergrößerung des gegenwärtigen Konglomerats halbausgerüsteter, halbausgebildeter Rekruten zustande käme.

Dagegen müsse sofort (Termin: Sommer 1952) eine gutausgerüstete, kampfbereite Kern-Streitmacht von 20 Divisionen aufgestellt werden, die zwar bei weitem nicht ausreiche, aber "elektrisierend" auf die ferneren Rüstungsanstrengungen wirken müsse.

Eisenhowers Durchbruch zu dieser rein realistischen Konzeption ließ den Europa-Plan Plevens in Fetzen zurück. Aus dem letzten vertraulichen Memorandum des SHAPE (von Eisenhowers Informationschef Oberst L. Cross redigiert) an die einzelnen Gebietskommandos geht hervor, daß die Verwirklichung der an sich guten Idee einer Einheitsarmee angesichts der gegenwärtigen Situation zu zeitraubend sei. Die Idee einer Flagge, einer Uniform und eines Verteidigungsministeriums, heißt es wörtlich, "is dream stuff" ("ist ein Wunschtraum").

Die bis 1952 aufzustellenden Einheiten sollen wie die UN-Truppen in Korea organisiert werden, also nationale Elemente mit eigenem Kommando, jedes für sich dem vereinigten Oberkommando, also dem SHAPE-Stab Eisenhowers, unterstellt.

Nach amerikanischer Auffassung soll der Europa-Plan auf der beschleunigt einberufenen NATO-Konferenz in Rom am 24. November aufgehoben und dafür die 20-Kampfdivisionen-Vorschläge der US-Stabschefs und Eisenhowers in Kraft gesetzt werden. Berichtet die "New York Times" aus dem SHAPE: "... Die Politik der Vereinigten Staaten wird sich wieder auf sofortige Aktionen richten, die Westdeutschland erlauben wiederaufzurüsten, obwohl ein solcher Schritt beunruhigende Wirkung unter den NATO-Mitgliedern haben würde."

Für das neue 20-Divisionen-Programm müssen die USA die Waffen - und zwar moderne - liefern. Dadurch wird die Aufstellung amerikanischer Truppen im US-Heimatland verzögert, aber um der NATO willen scheint die US-Regierung dazu bereit zu sein, obwohl auch die massive US-Wirtschaft von einer stetig wachsenden und anscheinend unkontrollierbaren Inflation bedroht wird. Erklärte Eisenhower in Washington: "Ich bin an einer Aufgabe tätig, in die die USA eine ganze Welt von Materie, Zeit und Ideen investiert hat." NATO sei die wichtigste und entscheidende Sache der Welt, an der das "Schicksal Amerikas hängt".

Damit gab Eisenhower auch eine Antwort auf die wirren Gerüchte, die letzte Woche durch Washington schwirrten: daß Truman Eisenhower nur deshalb nach Hause geholt habe, um ihn zu fragen, ob er für die 1952er US-Präsidentschaft kandidieren wolle. Öffentlich sagte Eisenhower weder ja noch nein. Die "Ike for President-Kampagne" kommt in vollen Schwung. Amerika will ihn als Präsidenten. Aber die NATO, heißt es in Washington, käme ohne ihn nicht über ihre Krise, denn, meint die "New York Times", der Name Eisenhowers "wirkt magisch auf die Völker Europas".<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (7/1952) berichtete am 13. Februar 1952: >>**Wie die Hühnerhunde**

In Eisenhowers SHAPE-Hauptquartier wurde jetzt eine besondere Kommission zur Abwehr der "wahrscheinlichen ersten Angriffsphase" der Ostblock-Armeen gegen Westeuropa gebildet. Chef dieses Gremiums ist der US-Colonel F. Kindley. Der ist merkwürdigerweise nicht Offizier, sondern Spezialist für psychologische Kriegsführung.

(Die) SHAPE-Abwehr hat nämlich festgestellt, daß - sollte der dritte Weltkrieg stattfinden - dem Schießkrieg ein Nervenkrieg vorangehen wird. Die Generalstäbler ... sehen die Lage, wie sie 5 Minuten vor X-Zeit sein wird so:

Der Aufmarsch auf dem rechten sowjetischen Angriffsflügel wird sich mit gemischten russisch-polnischen Verbänden in der Ostzone Deutschlands vollziehen. Aber nicht verschleiert, wie bisher solche Bereitstellungen erfolgten, sondern in demonstrativ offener und breiter Drohbewegung.

Die Begleitfanfaren zu diesen Truppenbewegungen schmettern die Rundfunksender der Sowjetunion, Polens und der Ostzone in allen westeuropäischen Sprachen. Kommunistische Agenten werden Flüsterparolen über angebliche Greuelthaten und Vergewaltigungen durch Ostblocksoldaten in Umlauf setzen und Störmeldungen über den Einsatz mongolischer Ver-

bände ausstreuen.

Zweck dieser den eigentlichen Schießkrieg vorbereitenden psychologischen Offensive: Auslösung eines Massenschrecks. Die Sowjets rechnen damit, daß sich sofort ein europäischer Flüchtlingsstrom über die Straßen und Eisenbahnen ergießen wird, der Verkehrsverstopfungen und Produktionshemmungen verursacht und deutsche Hilfsverbände der westlichen Alliierten zu Massendemonstrationen veranlaßt. Sabotageaktionen werden die Verwirrung steigern. Das dann hereinbrechende westeuropäische Chaos wird alle Abwehrmaßnahmen der NATO unmöglich machen oder zumindest auf das Äußerste erschweren.

Die SHAPE-Offiziere unterstreichen ihre Hypothese, indem sie auf die Persönlichkeit des Oberbefehlshabers der polnischen Armee, den Sowjetmarschall Rokossowski, hinweisen. Der hat ... Erfahrungen auf dem Gebiete des Nervenkrieges. Als er im Weltkrieg II - schon damals als Befehlshaber des rechten sowjetischen Flügels - in Ostpreußen einbrach und durch Westpreußen und Pommern hindurch bis nach Swinemünde stieß, überstürzte sich die ostdeutsche Bevölkerung in chaotischer Angst vor seinen Panzern. Die propagandistische Peitsche Ilja Ehrenburgs holte damals aus den Flüchtlingen die letzte Kraft der Verzweiflung und aus den kriegsmüden Iwans den letzten Angriffspfeffer heraus. Die zwischen dem Flüchtlingsstrom und der roten Panzerflut eingekeilten deutschen Heeresverbände waren nicht mehr operationsfähig. So soll es auch jetzt werden.

Oberst Kindley meint, daß die wirkungsvollste Abwehr gegen solchen Nervenkrieg ein kraftvoller NATO-Aufmarsch an der Elbe wäre. Doch er befürchtet: In das Durcheinander werden beim eigentlichen Kriegsausbruch die polnisch-sowjetischen Verbände "wie die Hühnerhunde" hineinstoßen, um das gehandikapte westalliierte Wild aufzuscheuchen.

Die Panzerarmee der sowjetischen Heeresgruppe West unter Timoschenko aber werden solange zurückgehalten, bis sich an den Rheinübergängen zeigt, ob ein starker Offensivstoß die Chance verspricht, das Gros der Atlantik-Truppen in Belgien und Ostfrankreich zu kesseln. Polens Soldaten sichern dann Nord- und Nordwestdeutschland sowie Dänemark als rückwärtige Heeresgebiete.

Auf solchen Krieg hat sich auch die polnische Rüstungsindustrie eingestellt. Ihr Schlager ist heute ein 5-cm-Minenwerfer aus Leichtmetall, der von den staatlichen Rüstungswerken PZON 4 und 7 in Rzeszow und Lublin hergestellt wird. Der Werfer ist die leichteste Type dieser Waffe überhaupt. Er kann bequem von einem Mann getragen werden. Ein zweiter trägt die Munition, Minen aus Leichtmetallhülsen mit 2,5 kg Hexal-Sprengstoff. Bei einfacher Handhabung der Waffe, einwandfreier Zielsicherheit und einer Reichweite von 9.000 m ist der Werfer eine Idealwaffe für den Guerilla- und Partisanenkrieg und für Kommandounternehmen.<<

In einer Sitzung des Deutschen Bundestages forderte der CSU-Abgeordnete Franz Josef Strauß im Februar 1952, der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beizutreten" (x067/-228): >>... Wer auf den Anschluß der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichtet, gibt die deutsche Einheit preis, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht. Die verhängnisvolle These, die manchmal auch in der SPD angeklungen ist: Zuerst Einheit, dann Europa, wird von uns mit der klaren Parole beantwortet: Über die Einheit Europas zur Wiedervereinigung Deutschlands!<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (7/1952) berichtete am 13. Februar 1952 über die Europa-Armee: >>Ende einer Illusion

Wie stand es mit der Europa-Armee? Während ein bleicher, abgespannter Konrad Adenauer vor dem Bundestag erklärte, daß alles in bester Ordnung sei, gab es sonst nur betrübliche Nachrichten für die Europa-Enthusiasten. Hier, wie es zu dem gegenwärtigen Dilemma kam und wie dieses Dilemma im einzelnen aussieht:

Im Oktober 1950 billigte die Pariser Nationalversammlung Premier René Plevens Konzession

an die Forderung der Korea-geschockten Amerikaner nach deutschen Soldaten: eine internationale Westarmee unter Einschluß unselbständiger deutscher Einheiten in Kampfgruppenstärke (3.000-4.000 Mann).

Pleven wurde vom einmütigen Protest aller Militärs (einschließlich der französischen) angeblasen. US-Stabschef Bradley: "Die Franzosen täten besser daran, den Tatsachen ins Auge zu sehen ... Der Plan ist völlig undurchführbar ..."

Pleven blieb hart. Im Februar 1951 stimmte Acheson der ursprünglich für Aufnahme einer deutschen Nationalarmee in die NATO-Streitmacht dem Pleven-Plan widerwillig zu: Es schien der einzige Weg zu den begehrten deutschen Soldaten. In der folgenden Woche, ein paar Tage vor Beginn der Atlantik-Konferenz über den Pleven-Plan, sprach Kanzler Konrad Adenauer in der Mensa der Bonner Uni die vernünftigsten Worte, die er über dieses Projekt geäußert und seitdem vergessen hat: "... Zu dieser Frage Europa-Armee möchte ich Ihnen einige Worte sagen. Ich bejahe den Plan. Ich bejahe den Gedanken allerdings nicht in dem Sinne, daß der Aufbau einer Europa-Armee uns vor der jetzt vom Osten drohenden Gefahr schützen könnte, denn der Aufbau einer Europa-Armee wird lange Zeit erfordern ..."

Nicht lange danach ging Sicherheitsbeauftragter Theo Blank zu den ersten Sachverständigen - Besprechungen über die Europa-Armee-Planung nach Paris. Die Experten, die nach der Zweckmäßigkeit gingen und keinen Wert darauf legten, der französischen Nationalversammlung eine Freude zu machen, zertrümmerten den ersten Kernpunkt der Pleven-Idee. Nicht leicht zu kontrollierende Kampfgruppen, sondern 14.000-Mann-Divisionen sollten auf nationaler Basis rekrutiert werden. Die Franzosen waren schon dagegen, daß Deutschland ebensoviel Divisionen bekommen sollte wie Italien, nämlich 12 (Frankreich: 14). Ihr Argument laut "New York Times": "Es ist schierer Unsinn, 12 deutsche und 12 italienische Divisionen gleichzusetzen."

Diese Fragen wurden den Politikern zugeschoben. Auf der ersten Plevenplan-Tagung der sechs Westeuropa-Außenminister (auch Deutschlands) im Februar 1951 schon erhoben sich die Benelux-Staaten geschlossen gegen die vorgesehene Beschränkung der nationalen Souveränität: Das sei mit ihren monarchistischen Verfassungen unvereinbar. Damit wurde das ganze Prinzip der Europa-Armee angefochten.

Auf der NATO-Konferenz Ende November in Rom stellten die Amerikaner ein Ultimatum: Bis zur NATO-Konferenz in Lissabon (damals auf den 3. Februar 1952 festgesetzt) sollten sich die westeuropäischen Außenminister über die Europa-Armee geeinigt haben.

Mit hektischer Dringlichkeit versammelten sich die sechs Westeuropa-Außenminister am 27. Dezember wieder im Quai d'Orsay (in Paris). Präsident Truman wollte bis zum 3. Januar 1952 wissen, ob sich die kontinentale Verteidigungsgemeinschaft durchführen lasse und ob die deutsche Wiederbewaffnung über den Umweg einer Europa-Armee finanziert werden könne; er wollte den Kreditantrag 1952/53 an den Kongreß vorbereiten.

Doch wieder fing Robert Schuman mit einfachen, untergeordneten Punkten an, um dann erst notgedrungen auf die schwierigsten Probleme zu kommen, von denen alles abhängt.

Aber die Außenminister Belgiens und Hollands warteten nicht so lange. Punkt für Punkt lehnten sie sich kategorisch gegen die wichtigsten Voraussetzungen der französischen Europa-Armee-Idee auf,

- Nicht ein einziger Verteidigungskommissar (möglichst französischer Nationalität) soll an der Spitze der Europa-Armee-Exekutive stehen, sondern ein "Kollegium" oder "Kommissariat" aus Vertretern aller Mitglieder.

- Die Beschlüsse der höchsten Autorität, des Ministerrates, sollen nicht mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden, sondern einmütig. Damit unterliegen sie dem Veto-Recht jedes Mitgliedes.

- Der Anfang jeder Rüstung, das Militärbudget, könne nicht von einer übernationalen Behörde

festgelegt werden, da die fünf Länder (außer Westdeutschland) bereits mit der NATO (als deren Mitglieder) die genauesten finanziellen Verpflichtungen vereinbart haben. Die Benelux-Staaten würden sich an das Prinzip halten: Wenn die Atlantik-Organisation von ihnen Divisionen verlangt, würden sie sie aufstellen und bewaffnen; aber sie weigerten sich, in einen Fonds zu zahlen, der ihnen wiederum helfen sollte, sich zu bewaffnen, bloß damit Frankreich (dem im letzten Jahr mit knapper Not die Aufstellung von zwei Divisionen gelang) die deutsche Rüstung kontrollieren könne.

Schuman, in der Klemme, wehrte sich mit einem Schauer von Gegenvorschlägen. Denn die von Benelux geforderte Souveränitätsherrlichkeit gäbe Deutschland genau das, was Frankreich ihm vorenthalten wollte: ein Veto im Ministerrat, das es in der Schumanplan-Behörde nicht besitzt und das ihm Chancen zur Durchsetzung einer eigenen Politik öffnet.

Er schlug zur völligen Verwirrung der Sachlage vor, daß die Befehlsgewalt der Europa-Armee nicht nur an der "Front", sondern auch in den "Heimatgebieten" der Kontingente gelten sollte (eine solche Trennung war bisher überhaupt nicht gemacht worden). Zweck: Das Kontingent Deutschlands auch bei der Aufstellung genau zu kontrollieren. Nicht Adenauer wehrte sich, sondern Hollands sehr churchillianischer Sticker wetterte so heftig gegen dieses Attentat auch auf die königlich niederländische Souveränität, daß Schuman die zweite Sitzung abbrechen mußte, um den holländischen Kollegen zu beschwichtigen.

Am nächsten Tag kam Schuman den grimmigen Benelux-Leuten entgegen, indem er vorschlug, daß die Rekrutierung in den NATO-Mitgliedsstaaten zunächst von den nationalen Behörden im Sinne der NATO-Verpflichtungen vorgenommen werden sollte, während die deutsche Rekrutierung vom Europa-Kommissariat überwacht werden soll. Hier zum ersten Male protestierte Adenauer energisch.

Inzwischen hatten sich die sechs Finanzminister eine Nacht hindurch über die Budgetfrage auseinandergesetzt. Ergebnis: Westdeutschlands Schäffer mußte vor der Unmöglichkeit kapitulieren, ein "gemeinsames Budget" für die Europa-Armee aufzustellen. Erst später, wenn die ins Unbestimmte hinausgeschobene "bundesstaatliche Periode" Europas beginnen soll, ist an ein gemeinsames Budget gedacht. Dafür soll der Ministerrat das Veto-Recht über die nationalen Verteidigungsbudgets erhalten, damit Frankreich verhindern kann, daß Deutschland sein Geld "für die mißbräuchliche Entwicklung seiner Streitmacht" benutzt. Kanzler Adenauer erhob sich wiederum: Deutschland könne kein diskriminierendes Veto über seine Rüstung akzeptieren.

Er forderte sofortige Aufstellung eines gemeinsamen Budgets. Das ist die einzige Möglichkeit für Adenauer, die Besatzungskosten zu beseitigen. Schäffer, erklärte der Kanzler, habe sich gegen Morgen von der Müdigkeit überwinden lassen. Auch Schuman und de Gasperi kehrten sich gegen ihre Finanzminister, um den völligen Zusammenbruch der Verhandlungen zu verhindern, und unterstützten Adenauers Antrag. Doch Benelux wankte nicht.

Vor ihrer Abreise aus Paris ließ die holländische Delegation vertraulich durchblicken, daß sie als einzig mögliche Lösung des Verteidigungs-Dilemmas die Aufnahme Deutschlands in die NATO ansehe. Es sei klar, daß Deutschland in dem durch die Benelux-Opposition so radikal umgemodelten Plevanplan-System so gut und so schlecht kontrolliert werden könnte wie in der NATO.

Die Amerikaner drängten: Die Westeuropa-Staaten sollten zumindest einen Modus finden, unter dem mit der Aufstellung deutscher Verbände begonnen werden könnte. So trafen sich die sechs Vertreter am letzten Wochenende des Januar abermals. Die Franzosen hatten jegliches Interesse an einer Europa-Armee verloren, in der Deutschland ein Veto besitzen soll. Die Atmosphäre des Mißtrauens war durch die Saar-Krise undurchdringlich geworden. Adenauer war gar nicht gekommen. Hallstein sollte Deutschlands Beitritt zur NATO zur Sprache bringen.

Am Stillstand vom Jahresende wurde nur geruckt: Das Verteidigungskommissariat soll statt sechs Mitglieder neun bekommen und damit noch schwerfälliger werden. Die Sachverständigen unterbreiteten einen ausgesprochen idiotischen Vorschlag zum Budgetproblem: Die Einzelbudgets der Länder sollen doch vom Ministerrat festgelegt, danach aber von den Nationalparlamenten ratifiziert werden. Wenn ein Parlament nicht ratifiziert, scheidet das Land automatisch unter Vertragsbruch aus der Verteidigungsgemeinschaft aus. Die Minister verwiesen das Problem sofort wieder zurück an die Sachverständigen.

Unverdrossen indes begann Belgiens Van Zeeland mit erneuter Energie seinen Kampf für eine Erweiterung des Veto-Rechts im Ministerrat auf sämtliche zu treffenden Entschlüsse von Gewicht.

Da sagte Schuman, mit einem derartig erweiterten Veto-Recht (das dann auch Deutschland zustehen würde) habe der Europa-Plan keine Aussicht auf Annahme in der Nationalversammlung. Jetzt stand Hallstein auf. Das deutsche Volk und das Parlament würden niemals die durch Wegfall des Vetos entstehende Majorisierung der Bundesrepublik durch die anderen Länder der europäischen Verteidigungsgemeinschaft (die ja alle vollberechtigte NATO-Mitglieder sind) annehmen.

Die Konferenz wurde aufgegeben.

An diesem Punkt endigt die kurze Geschichte von der Europa-Armee. Die Punkte, in denen Einigkeit erzielt werden konnte, wurden, weil keine Aussicht auf weitere Übereinkommen bestand, zur Grundlage der europäischen Verteidigungsgemeinschaft erklärt. Es sind ein paar völlig sinnlose Fetzen des ursprünglichen Plans:

- Der Ministerrat als beschlußfassende Behörde, in dem alle Mitglieder in wichtigen Fragen das Veto-Recht besitzen.
- Das Neun-Mann-Kommissariat, das über die Ausführung der Beschlüsse wachen soll.
- 43 projektierte Divisionen (14 für Frankreich, je 12 für Deutschland und Italien, 5 für Benelux).

Was der Ministerrat beschließen und das Kommissariat durchführen soll, ist unklar. Denn es gibt weder ein gemeinsames Budget, noch ein Beschlußrecht des Ministerrates über die Rüstungen der einzelnen Länder. Die Truppen sollen sowieso dem NATO-Hauptquartier Eisenhowers unterstellt werden. Keine Übernationalität.

Für die fünf NATO-Mitglieder dieses immer noch frei als "Europa-Armee" bezeichneten Projekts hat sich nichts geändert. Sie behalten ihre absolut nationale Vertretung innerhalb der NATO. Ministerrat und Kommissariat bestehen somit lediglich zu dem Zweck, als Befehlsübermittlung zwischen NATO und Deutschland zu fungieren. Robert Schuman nannte das großzügig "indirekte NATO-Mitgliedschaft". Darüber hinaus sollen Deutsche auch als Verbindungsleute von der "Europa-Armee" in Eisenhowers Hauptquartier entsandt werden.

Aber immerhin erlaubt diese Organisationsform eine nationale deutsche Rekrutierung und Aufrüstung, nur eben nicht unter dem Namen "Armee der Bundesrepublik", sondern als "Deutsches Kontingent, Europa-Armee". Das wollte Frankreich - außer Deutschlands NATO-Mitgliedschaft - geradezu verhindern.

Wie aber soll die Bundesrepublik kontrolliert werden (nachdem die Kontrollen via Europa-Armee am Benelux-Widerstand gescheitert sind), wenn es doch noch zu einem deutschen Wehrbeitrag kommen sollte? Da war noch der "Generalvertrag zur Ablösung des Besatzungsstatuts", der - wie Adenauer immer wieder versichert - die "Gleichberechtigung" für die Bundesrepublik bringen soll. Der Preis für diesen Vertrag ist der Wehrbeitrag. Seit September 1951 ringt Adenauer höflich, aber zäh mit den Hochkommissaren um einen neuen Status für die Bundesrepublik, mit dem er sich vor dem Bundestag sehen lassen könnte.

Englands Eden und Schuman entschlossen sich letzte Woche in Paris, ihre Hochkommissare auf Kontrollklauseln bestehen zu lassen, die Frankreich im Rahmen der Europa-Armee nicht

erreichen konnte. Es waren schlechte Nachrichten für den Kanzler:

- England und Frankreich dringen darauf, daß die deutsche Aufrüstung von den drei Westalliierten überwacht wird. Die deutsche Waffenproduktion soll unter ständige alliierte Überwachung gestellt werden.

- England und Frankreich fordern, daß Deutschland auch unter dem Generalvertrag Besatzungskosten für die britischen und französischen "Schutztruppen" zahlt.

Diese beiden Bedingungen allein würden die Annahme des Generalvertrages durch den Kanzler unmöglich machen.<<

Stalin schlug den 3 Westmächten am 10. März 1952 Grundzüge eines Friedensvertrages mit Deutschland vor (x149/156): >> Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln. ...

Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. ...

Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte ... zu besitzen, die für die Verteidigung des Lands notwendig sind. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Stalin-Note von 1952 (x283/239-241): >>... Stalins Angebot weckte in Deutschland große Hoffnungen. Es fand verbreitete Zustimmung, zumal bei der SPD. In diesem Sinne empfahl auch Ernst Reuter, auf das Angebot behutsam einzugehen.

Anders dachte der frankophile (franzosenfreundliche) Adenauer, der 1923 die Lostrennung des Rheinlandes von Preußen betrieben hatte.

Berlin wäre nach Stalins Plan 1952 wieder Hauptstadt geworden. Bei den avisierten gesamtdeutschen Wahlen war mit einem Sieg der Sozialdemokraten zu rechnen, und überhaupt schien dem Kanzler wohl ein Zuwachs an Preußen und Protestanten unsympathisch.

Gleichwohl verleugnete Adenauer das Ziel einer Wiedervereinigung nicht geradewegs, verstand sich dazu aber erst nach erfolgter Westbindung der Bundesrepublik und einer Umwälzung in Osteuropa. Damit war er seiner Zeit allzu weit voraus. Zunächst wollte Adenauer verhindern, daß seine Politik in Gefahr geriet, was Stalin in aller Offenheit bezweckte. Denn der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stand unmittelbar vor dem Abschluß.

Es wurde dann jedoch nicht durch Moskau, sondern – eine Ironie der Geschichte – durch Paris torpediert. Erst drei Jahre später erfolgte der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO.

Adressat der Stalin-Note war nicht Adenauer. Seine Meinung fiel nicht wesentlich ins Gewicht. Gefragt waren die Westmächte. ...

Eine Verhandlung über die Stalin-Note wurde von Washington keineswegs offen abgelehnt, aber auf Druck von Paris, London und Bonn bewußt an Bedingungen gebunden, die für Stalin unannehmbar waren, nämlich an die vorab eingeräumten Möglichkeiten einer Revision der Oder-Neiße-Grenze und eines Beitritts Gesamtdeutschlands zur NATO. Damit war die Chance verspielt, festzustellen, ob Stalins Angebot gutwillig war.

Wäre die von ihm entworfene Lösung zustande gekommen, so hätte sich der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands verzögert, aber es hätte sich auch das unendliche Leid erübrigt, das in den Folgejahren das SED-Regime verschuldet und die fortdauernde Teilung Deutschlands mit sich gebracht hat. Das, was schließlich 1990 mühsam errungen wurde, wäre bereits 1952 erreicht gewesen.

Um diese schmerzhafteste Konsequenz einer versäumten Gelegenheit zu vermeiden, empfahl sich der Ausweg, zu bestreiten, daß eine solche Gelegenheit tatsächlich bestand, und die Sta-

lin-Note für bloßes Störfeuer, für Bluff zu erklären. Da der Westen sich aber weigerte, dies durch Verhandlung aller Welt vor Augen zu führen, so kann das nur aus der Besorgnis erklärt werden, daß Stalin es am Ende doch ernst meinte. Aber man wollte das von Moskau vorgesehene Resultat nicht. Daher erübrigte sich der Test, ob Stalin wirklich bereit gewesen wäre, die DDR aufzugeben.

Die neuere Aktenlage zeigt, daß Stalins Vorstoß nur ein propagandistisches Manöver war. ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 23. März 2002 über die "Die Stalin-Note" (x887/...): >>Moskaus gescheiterter Störversuch

Die Aufregung bei den Westmächten war groß und die Besorgnis im Bonner Kanzleramt spürbar, als am 10. März 1952 die Nachricht aus Moskau einging, daß die Sowjetregierung einen Friedensvertragsentwurf für Deutschland vorgelegt habe und eine Viererkonferenz darüber vorschläge.

Tatsächlich hatte an diesem Tag der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, den diplomatischen Vertretern Englands, Frankreichs und der USA eine Note und ein Memorandum übergeben. Darin regte die Regierung der Sowjetunion die Einberufung einer "Konferenz der vier Großmächte über die Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages" an und schrieb wörtlich:

"Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, legt die Sowjetunion ihrerseits den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor."

Zugleich erklärte sich Moskau bereit, "auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen".

Und was die Aufregung im Westen letztlich auslöste: "Die Regierung der UdSSR rechnet damit, in kürzester Frist eine Antwort auf den oben erwähnten Vorschlag zu erhalten".

Der Kreml suchte also, den Westen unter Zugzwang zu setzen und machte seinen Druck geschickt propagandistisch plausibel, als er im beigefügten "Grundriß zu einem Friedensvertrag mit Deutschland" feststellte:

"Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen. Jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag. Es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gemacht werden."

Worte, denen niemand widersprechen konnte und die in den Ohren der national bewußten Deutschen wie Musik klingen mußten, wie man auch diesseits und jenseits der Zonengrenze gern zur Kenntnis nahm, daß nach Meinung Moskaus "der Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden" müsse. Eine demütigende Aussperrung von den Verhandlungen, wie sie Deutschland 1919 in Versailles widerfuhr, sollte es nicht geben.

Diese wohlberechneten Schmeicheltöne sollten besonders national-konservative Kreise in Westdeutschland für den Vorschlag des Kremls einnehmen und Adenauers eingeleitete Westintegrationspolitik stören. Entsprechend beunruhigt war man im Bonner Kanzleramt über die möglichen psychologischen Auswirkungen der Moskauer Wiedervereinigungsinitiative auf die Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung. Starke politische Kräfte gaben damals immer noch dem Streben nach nationaler Einheit den Vorzug vor einer Westbindung. Die gerade in jenem Jahre 1952 stattfindenden Olympischen Winterspiele in Oslo und Sommerspiele in Helsinki dokumentierten durch die Teilnahme einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft noch zusätzlich diesen Einheitswillen und konnten in dieser Tendenz von Moskau für seine

Zwecke eingesetzt werden. Alles dieses erfüllte Kanzler Adenauer mit Sorge.

Über die Beibehaltung einer gemeinsamen deutschen Olympiamannschaft hinaus bereitete ihm die augenscheinlich "konzertierte Aktion" zwischen den Ost-Berliner Kommunisten und dem Kreml ungleich größeres Kopfzerbrechen.

Der als "Stalin-Note" in die Geschichte eingegangenen Deutschland-Initiative Moskaus war nämlich ein Ersuchen der DDR-Regierung in Ost-Berlin an die vier Hauptsiegermächte vorausgegangen. Darin wurden die Regierungen in London, Moskau, Paris und Washington gebeten, "den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen", worauf die Sowjetführung mit der Versicherung geantwortet hatte, "alles, was möglich ist, zu tun, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates zu beschleunigen". Schon knapp drei Wochen später, am 10. März 1952, übergab dann Gromyko den drei westlichen Vertretern in Moskau die erwähnte Note mit dem beigefügten Memorandum.

Der vorgelegte Friedensvertragsentwurf enthielt neben diskutablen und annehmbaren Punkten wie die Wiederherstellung der deutschen Einheit, den Abzug der Besatzungstruppen und die Errichtung einer eigenen Wehrhoheit auch Auflagen wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze und die Neutralisierung Gesamtdeutschlands, Vorbedingungen, von denen der Kreml wissen mußte, daß sie vom Westen und von der Bonner Regierung schwerlich angenommen werden würden und deren Nennung die ganze sowjetische Deutschland-Initiative in den Verdacht brachte, nichts anderes zu bezwecken, als die sich gerade vollziehende Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern.

Adenauer war es bekanntlich gelungen, den drei westlichen Besatzungsmächten gegen die Zusage eines deutschen Wehrbeitrags große Zugeständnisse wie die Beendigung ihrer Oberherrschaft in Westdeutschland und die Mitgliedschaft in internationalen Einrichtungen und Organisationen zu erreichen. Dabei nahm die Teilnahme am westeuropäischen Einigungsprozeß absoluten Vorrang ein und innerhalb diesem wiederum die Verständigung mit Frankreich. Als Zeitzeuge der leidvollen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts wußte der deutsche Kanzler, daß am Anfang einer europäischen Einigung die endgültige Beendigung der sogenannten Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich stehen mußte.

Um dieses Ziel zu erreichen, nutzte er alle sich bietenden Möglichkeiten und Gelegenheiten und begriff selbst Nachteile als Chancen wie etwa die Teilung Deutschlands, mit der er den wiederholt von deutscher Stärke sich bedroht fühlenden Franzosen die Furcht vor einer gegenseitigen Annäherung nahm oder die weitgehend fehlende Souveränität der Bundesrepublik, die es ihm erleichterte, seine deutschen Landsleute für die Zustimmung zur Übertragung von Hoheitsrechten auf übernationale Institutionen wie die Hohe Behörde der Montan-Union zu gewinnen.

Westlichen Nachbarn wie eigenen Landsleuten wußte er, unpopuläre Entscheidungen wie das Ja zur Aufstellung einer westdeutschen Armee mit der sich augenscheinlich verstärkenden Bedrohung durch die Sowjetunion plausibel zu machen. Der Ausbruch des Koreakrieges gab Adenauers besorgter Beurteilung, daß "die Lage noch nie so ernst" gewesen sei, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit.

Scharfsichtig erkannte der deutsche Kanzler auch die große Bedeutung der handelnden Personen in der Politik und ihrer gegenseitigen Wertschätzung. So fand er für seine Verständigungspolitik gegenüber Frankreich im französischen Außenminister Robert Schumann einen gleichgesinnten Partner und konnte mit ihm die deutsch-französische Annäherung ein gutes Stück voranbringen; wie er im Übrigen auch im italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi einen ebenso überzeugten Mitstreiter für ein vereinigtes Europa hatte.

Daß er sich mit dem einst reichsdeutschen Rechtsanwalt aus Elsaß-Lothringen und dem ehemals österreichischen Korporal aus Südtirol auf Deutsch unterhalten konnte, empfand der

nicht allzu polyglotte frühere Kölner Oberbürgermeister als eine zusätzliche Ermunterung zu weiteren Gemeinsamkeiten.

All' das stand in den Augen des Kanzlers der Bundesrepublik Konrad Adenauer jedoch zur Disposition, wenn die Moskauer "Friedensvertrags-Initiative" ihre erhoffte Resonanz im Westen finden würde. Da kam es ihm zupaß, daß die deutschen Heimatvertriebenen entschieden gegen die in der Moskauer Note geforderte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze Stellung nahmen und vor einem "unbedachten Entgegenkommen des Westens" warnten.

Entsprechend geschlossen standen sie hinter Adenauers Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der am 12. März 1952 in einer Rundfunkansprache zum einschlägigen Punkt im sowjetischen Friedensvertrags-Entwurf erklärte: "... Nur eines muß gesagt werden: Deutschland kann auf unbestreitbar deutsche Gebiete nicht Verzicht leisten. Wir haben ja schließlich auch die klare Bestätigung der Westmächte, daß in Potsdam keine endgültigen Beschlüsse über die künftigen Grenzen gefaßt wurden."

Dem widersprach erwartungsgemäß die DDR-Regierung in Ost-Berlin. In einer Regierungserklärung vor der Volkskammer führte dazu Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) am 14. März 1952 aus: "Die im Entwurf der Sowjetregierung vorgeschlagene Regelung der territorialen Fragen auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse stellt die einzige reale Lösung dieser Frage dar. Die Großmächte haben sich im Potsdamer Abkommen über die Grenzen Deutschlands geeinigt. In enger Zusammenarbeit mit der Regierung Polens ist die Oder-Neiße-Grenze zu einer wirklichen Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen geworden. Es wird keiner chauvinistischen Hetze mehr gelingen, das enge Freundschaftsbündnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk zu trüben."

Worte, die deutsche Heimatvertriebene aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen 45 Jahre später inhaltsgleich bekanntlich wieder hören sollten - nur diesmal von Vertretern einer gesamtdeutschen Regierung und nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks.

1952 sollte nach den Vorstellungen Moskaus eine gesamtdeutsche Regierung als Vorstufe zur Friedenskonferenz gebildet werden, um sie an den Verhandlungen der Siegermächte zu beteiligen und von ihr die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze bestätigt zu bekommen. Ein Ansinnen, das damals - nicht zuletzt auch auf Betreiben Kanzler Adenauers - abgelehnt wurde, zumal die Sowjetunion die von ihr vorgeschlagene gesamtdeutsche Regierung nicht aus freien Wahlen hervorgehen lassen wollte.

Noch weniger akzeptabel erschien den Westmächten die vom Kreml geforderte Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Sie sahen - im Verein mit dem deutschen Bundeskanzler - in einer solchen Festlegung nicht nur eine Bevormundung des deutschen Volkes sondern darüber hinaus auch den durchsichtigen Versuch Moskaus, die sich damals gerade formierende westeuropäische Einigung zu stören.

Die am 18. April 1951 begründete Montan-Union und die am 14. September des selben Jahres ausgesprochene "Billigung eines westdeutschen Wehrbeitrages" durch die drei Westmächte sollten durch die sowjetrussischen Vorschläge in Frage gestellt werden und die in jenen Wochen des März 1952 zur Unterzeichnung anstehenden Verträge "über die Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Westmächten" sowie die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Papierkorb landen. Adenauer betrachtete jedoch diese Verträge als ganz wesentliche Bestandteile seiner Außen- und Deutschland-Politik und wollte sie nicht durch die sowjetischen "Friedensvorschläge" gefährden lassen.

Dem vom Moskauer Kreml vorgetragenen Gedanken, Deutschland eigene nationale Land-, Luft- und Seestreitkräfte zu gestatten, parierte er am 16. März 1952 mit den Worten: "Die in der Sowjetnote vorgeschlagene nationale deutsche Aufrüstung ist in Anbetracht der fortschreitenden Waffentechnik nicht möglich. Seit 1945 sind in der militärischen Forschung so große

Fortschritte gemacht worden, daß Deutschland aus finanziellen und materiellen Gründen allein auf sich gestellt eine nationale Rüstung nicht aufbauen kann", um dann das Grundkonzept seiner Politik mit dem Satz zu beschreiben: "Ziel der deutschen Politik ist nach wie vor, daß der Westen so stark wird, um mit der Sowjetunion zu einem vernünftigen Gespräch zu kommen".

Diese als "Politik der Stärke" in die Geschichte eingegangene außenpolitische Strategie wurde bekanntlich 30 Jahre später von US-Präsident Ronald Reagan gegenüber Michail Gorbatschow neu aufgenommen und von seinem Nachfolger George Bush schließlich zum Erfolg gebracht. Späte Erfüllung einer Vision des "Alten von Bonn", die ohne die Abwehr der Stalin-Note vom März 1952 schwerlich eingetreten wäre.

Die Stalin-Note verursachte einen diplomatischen Schlagabtausch, der bis zum Herbst 1952 dauerte. Er konzentrierte sich immer mehr um die Frage, auf welche Weise eine gesamtdeutsche Regierung zustande kommen sollte. Der Kreml wollte sie aus "Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik" und der "Deutschen Bundesrepublik" hervorgehen lassen. Der Westen vertrat dagegen die Meinung, daß sie durch freie gesamtdeutsche Wahlen legitimiert sein sollte und teilte dies der Sowjetregierung in einer gemeinsamen Note Großbritanniens, Frankreichs und der USA am 23. September 1952 mit: "Es kann vor Abhaltung von Wahlen weder eine gesamtdeutsche Regierung gebildet noch Deutschland vereinigt werden."

Und weiter: "Vor der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die in der Lage ist, frei zu verhandeln, ist es unmöglich, die Bestimmungen eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern. Ein Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland kann durch eine deutsche Vertretung weder verhandelt noch angenommen werden, die nicht die Regierung Gesamtdeutschlands ist, die ihn durchzuführen hätte."

Doch: "Eine solche Regierung kann nur aus freien Wahlen hervorgehen." Und über deren Definition gingen schließlich die Auffassungen zwischen West und Ost fundamental auseinander. Die Note der Westmächte vom 23. September 1952 machte dies unmißverständlich klar, indem sie darauf bestand, "daß wahrhaft freie Wahlen der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorausgehen und sie vorbereiten". Denn "die bittere Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Ausdruck 'freie Wahlen' in der üblichen Sprache einen und im amtlichen sowjetischen Sprachgebrauch einen anderen Sinn hat. Der Gegensatz zwischen der Vorstellung von freien Wahlen, wie sie in Westdeutschland und wie sie in der Sowjetzone herrscht, ist offensichtlich."

Nach diesen Klarstellungen verlor der Kreml sichtlich jedes weitere Interesse an der Fortsetzung des Notenwechsels, zumal sich der Westen geschlossen zur Weiterführung seiner bisherigen Deutschlandpolitik bekannte und die Bundesrepublik konsequent Schritt für Schritt zur politischen Selbständigkeit führte.

Konrad Adenauer wurde freilich die Sorge über eine mögliche Verständigung der Westmächte mit ihrem einstigen Kriegsverbündeten Rußland über den Kopf Deutschlands hinweg nicht ganz los. Dies dokumentiert ein Brief, den Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) in der Eisenhower-Forschungsstätte ('Dwight-D-Eisenhower-Library') in Abilene/Kansas gefunden haben und den der Kanzler am 29. Mai 1953 an den neu gewählten US-amerikanischen Präsidenten geschrieben hatte. Darin setzte er sich gleichermaßen kritisch wie freimütig mit der Haltung Großbritanniens beziehungsweise seines damaligen Premierministers Winston Churchill auseinander.

Ohne diplomatische Schnörkel schrieb Adenauer an den einstigen US-Oberbefehlshaber in Europa und nunmehrigen amerikanischen Staatschef: "Wir werden positive Ergebnisse in der Auseinandersetzung mit Sowjetrußland nur erzielen, wenn wir selbst klar und eindeutig wissen, was wir wollen, und dies auch vor dem Beginn einer Verhandlung mit Sowjetrußland deutlich zum Ausdruck bringen."

Hintergrund seiner Kritik war eine Rede Churchills vor dem britischen Unterhaus am 11. Mai 1953, in welcher der Londoner Premierminister für eine "Konferenz auf höchster Ebene zwischen den führenden Mächten" eingetreten war und dazu wörtlich gemeint hatte:

"Diese Konferenz sollte nicht durch eine gewichtige und rigorose Tagesordnung belastet sein oder zu einem Irrgarten oder Dschungel technischer Details führen, die zelotenhaft von Herden von Experten und Beamten verfochten werden, die in einer weiten und schwerfälligen Schlachtordnung aufgereiht sind. Die Konferenz sollte auf die kleinstmögliche Zahl von Mächten und Personen begrenzt werden. Sie sollte mit einem Maß von Informalität und einem noch größeren Maß von Geheimhaltung in Abgeschlossenheit abgehalten werden."

Dieser mit den Bündnispartnern nicht abgestimmte Vorschlag einer Gipfelkonferenz erinnerte den Kanzler an die überraschende Stalin-Note vom 10. März 1952 und ließ ihn fürchten, daß die Allianzen von Teheran und Jalta wiederauferstehen und Deutschland isolieren könnten. Von dieser Sorge konnten ihn auch die überaus schmeichelhaften Worte Churchills, er sei "der weiseste Staatsmann seit den Tagen Bismarcks", nicht befreien; vielmehr betonte er in seinem Brief an Eisenhower, "daß die Alliierten keine Regelung der Deutschlandfrage mit den Sowjets treffen sollten, ohne daß die Bundesregierung gehört worden ist und ihre Zustimmung erklärt hat".

Damit nicht genug. Adenauer regte "angesichts der schicksalhaften Bedeutung einer Regelung der Deutschlandfrage für das deutsche Volk und für Europa" Eisenhower gegenüber noch zusätzlich an, vor einem etwaigen Treffen mit den Sowjets eine Konferenz der westlichen und deutschen Außenminister-Stellvertreter abzuhalten, "in welcher eine Übereinstimmung des für die Lösung der Deutschlandfrage auf einer Viererkonferenz einzuschlagenden Weges erzielt werden sollte".

In der begründeten Annahme, daß Präsident Eisenhowers amtierender Außenminister, John Foster Dulles, die Notwendigkeit einer solchen vorherigen gegenseitigen Abstimmung genau so sah, brachte Adenauer seine Überzeugung zum Ausdruck, "daß einer solchen Bitte die Berechtigung nicht versagt werden kann, wenn man an die Aufgaben denkt, die Deutschland innerhalb der westlichen Gemeinschaft gestellt" seien.

Der Kanzler trat also in seiner Intervention bei Präsident Eisenhower keineswegs nur als ergebener Bittsteller auf, sondern nahm auch auffallend selbstbewußt die deutschen Interessen wahr.

Dies um so mehr, als er seiner obigen Feststellung gleich eine zweite Erwartung folgen ließ, nämlich den Vorschlag, daß die Bundesrepublik "am Verhandlungsort einer Viererkonferenz durch eine Persönlichkeit vertreten" sein sollte, "die laufend und in vollem Umfang von den Delegationen der Westmächte über die Verhandlungen unterrichtet wird". Damit wäre in den Augen Adenauers "eine schnelle Abstimmung der Auffassungen gewährleistet".

Um gleich etwaigen Zugeständnissen der Westmächte zu Ungunsten Deutschlands vorzubeugen, fügte der Bundeskanzler seinem Schreiben "eine Skizze von Gedanken und Zielen" bei, "deren Beachtung" ihm "vom deutschen Standpunkt für die Lösung des Deutschlandproblems wesentlich" erschien.

Stalins Tod am 5. März 1953 und die nachfolgenden Turbulenzen in der Moskauer Führungsschicht ließen die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Viererkonferenz freilich schnell schwinden - und mit ihr auch Adenauers Sorgen um die Zukunft einer freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik. Schließlich sollte diese das Muster für das anzustrebende wiedervereinigte Deutschland bleiben.<<

Die deutsche Bundesregierung begründete am 27. Mai 1952 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (x156/80-81): >>... Der erste Anstoß kam aus militärischen Überlegungen.

Die Ereignisse in Korea im Jahre 1950 ließen die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen

Organisation der Verteidigung des Westens erkennen. An dieser Verteidigung sollte sich nach allgemeiner Ansicht auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligen können. ...

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist ebenso wie die Europäische Montangemeinschaft, eine mit eigenen Hoheitsbefugnissen ausgestattete überstaatliche Gemeinschaft. ...

Der Vertrag regelt nicht, wie frühere Militärbündnisse, Rechte und Pflichten der Staaten zu militärischem Beistand und Zusammenwirken, sondern er schafft auf dem Gebiet der Verteidigung, in ähnlicher Weise, wie es die Montangemeinschaft auf dem Gebiet der Grundstoffindustrie getan hat, ein europäisches Gebilde mit eigenen Organen, eigenen Streitkräften und eigenem Haushalt. ...

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zeigt hiernach, ähnlich wie die Montangemeinschaft, starke Ähnlichkeit mit bundesstaatlichen Begriffen und Einrichtungen. Sie ist aufgebaut auf der unbedingten Gleichstellung aller Mitgliedstaaten, und ihre Normen binden nicht nur die beteiligten Staaten, sondern unmittelbar die Bürger dieser Staaten.

Hierbei greift die Verteidigungsgemeinschaft weit stärker als die Montangemeinschaft in die nationalen Hoheitsrechte ein. Eines der wesentlichsten Hoheitsrechte, das Recht der Selbstverteidigung, geht mit ihrer Errichtung der Ausübung nach auf die Gemeinschaft über. Das wirkt weit über das Militärische hinaus auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik. ...<<

Die sechs EGKS-Länder unterzeichneten am 27. Mai 1952 in Paris einen Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (Ziel: Integration der jeweiligen Streitkräfte).

Dieser Vertrag scheiterte schließlich an der Ablehnung der französischen Nationalversammlung vom 30. August 1954.

Bundeskanzler Adenauer sprach am 9. Juli 1952 im Bundestag über die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/97-98): >>... Auch die Integration Westeuropas, meine Damen und Herren, schreitet fort.

Sie begann mit dem Europarat, sie erhielt den ersten kräftigen Anstoß durch den Abschluß über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Schuman-Plan. ... Er wird die Integration Europas in kräftiger Weise fördern. Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wird, wie ich schon ausführte, die Integration Westeuropas ein großes Stück vorwärts bringen.

Leider können wir infolge der gesamten internationalen Lage zur Zeit immer nur von der Integration Westeuropas sprechen. Aber alle diese Pakte, die die Integration fördern, und diejenigen, die noch zu schließen sind, um sie zu vollenden, sehen den Beitrag auch der anderen europäischen Länder vor und werden ihn vorsehen, so daß wir mit Bestimmtheit hoffen können, im Laufe der Zeit zu einer Integration ganz Europas zu kommen.

... Zuruf von der KPD: Bis zum Ural! ...

Lassen Sie mich jetzt noch die Lage der Bundesrepublik infolge der seit 1945 eingetretenen Entwicklung skizzieren.

Die Bundesrepublik steht noch unter Besatzungsstatut. Sie ist unbewaffnet. Sie ist nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Sie ist - und darauf lassen sie mich besonders hinweisen - zur Zeit rechtlich gesehen nur Objekt politischer und strategischer Überlegungen. ...

Durch den Einbau in das größte Verteidigungssystem der Geschichte erhalten wir die denkbar größte Sicherheit, und, meine Damen und Herren, wir sind nicht mehr Objekt politischer und strategischer Überlegungen, sondern wir werden Mithandelnde.

... Solange wir besetztes Land sind, solange wir uns nicht in das westliche Verteidigungssystem eingefügt haben, sind wir ein Niemandsland zwischen 2 großen Mächtegruppen. ...

Wenn wir Mithandelnde werden, können wir auch unsere Kraft dafür einsetzen, daß die bestehenden Spannungen zwischen Ost und West auf friedlichem Wege gelöst werden.

Bleiben wir Objekt, so haben wir diese Möglichkeit nicht. ...<<

Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (1896-1979, 1949-72 Mitglied des Bundestages, 1966-69 Bundesminister) erklärte am 9. Juli 1952 im Bundestag zu den Folgen des geplanten Beitritts in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x301/126): >>... Dieser EVG-Vertrag ist in Wirklichkeit die Verpflichtung, die Bundesrepublik unlöslich in ein politisches und militärisches Vertragssystem einzubringen, das die russische Besatzungsmacht, ohne deren Zustimmung wir die Voraussetzungen für die Schaffung der Einheit Deutschlands nicht erfüllen können – ob mit Recht oder Urecht – nun einmal als gegen sich gerichtet betrachtet, und wir übernehmen darin recht präzise Verpflichtungen. ...

Nun kann die Einheit Deutschlands doch nur zustande kommen, wenn die Russen – ja, auch die Russen – mit gesamtdeutschen freien Wahlen einverstanden sind. Und glaubt man denn, daß sie dazu bereit sein werden, wenn von vornherein feststehen soll, daß der Teil Deutschlands, den sie aufgeben, aufgrund einer heute geschaffenen vertraglichen Verpflichtung einem Block zugeschlagen werden soll, den dieses Rußland nun einmal als feindlich empfindet? ...

Wir können uns dagegen nicht mit den Worten trösten, daß wir durch diese Verträge nunmehr zusammen mit dem Westen so stark werden, daß wir mit den Russen endlich die Sprache sprechen können, die sie allein verstehen. Glaubt man denn wirklich, mit diesen Verträgen die Russen zur politischen Kapitulation zwingen zu können? ...

Sie sagen: Wir machen durch die Verträge uns und den Westen stark, und nur, wenn wir den Westen stark machen -, kann man den Russen gegenüber eine offensive Deutschland-Politik betreiben, denn sie verstehen nur die Sprache der Macht.

Dazu sagen wir Ihnen: Die Macht, die wir dazu brauchten, schaffen diese Verträge nicht. Keiner unserer Partner ist durch diese Verträge zu konkreten politischen Maßnahmen für die Einheit Deutschlands verpflichtet. Jeder einzelne bleibt in jedem einzelnen Falle Herr seiner Entscheidung. ...

Es sollte das vornehmste Nahziel unserer Politik sein, auf die Abhaltung einer Viermächtekonferenz hinzuwirken, auf der der Osten und der Westen klipp und klar zum Ausdruck bringen sollen, wie man sich dort, wo man noch Geschichte machen kann, die Lösung unserer Schicksalsfrage vorstellt und welche Voraussetzungen von der einen oder von der anderen Seite für das Verständnis verlangt werden.

Einen anderen Weg gibt es schlechthin nicht!<<

Herbert Wehner (SPD-Abgeordneter) sprach am 10. Juli 1952 im Bundestag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/102-105): >>... Die vom Herrn Bundeskanzler geführte Politik der sog. Integration ist nicht identisch mit der von der Sozialdemokratischen Partei geforderten Politik der Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Wenn es richtig ist, daß alle Parteien die Wiedervereinigung als Ziel der deutschen Politik wollen, so muß es auch möglich sein, über die Wege zur Erreichung dieses Zieles ernsthaft zu diskutieren. ...

Denn diejenigen Kräfte des Auslandes, die es vorziehen, ein geteiltes Deutschland zu haben, haben leichteres Spiel, wenn die deutschen Parteien in der fundamentalen Frage der deutschen Politik fundamentale Gegensätze auszutragen haben. ...

Es drängt sich einfach die Frage auf: Was wäre, wenn der Herr Bundeskanzler den Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit mindestens soviel Kraft und Zeit geopfert hätte wie seinen Bemühungen um die sog. Integration? ...

Die deutsche Politik läuft Gefahr, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands an so viele weltpolitische Voraussetzungen geknüpft wird, so vielen weltpolitischen Fragen untergeordnet und zum Gegenstand nationalegoistischer Erwägungen fremder Mächte gemacht wird, daß eine Regelung mit friedlichen Mitteln aus dem Bereich des Möglichen herausrücken könnte.

... Die westlichen Vertragspartner erlangen durch die Verträge in Wirklichkeit ein ausgesprochenes Vetorecht gegen die Wiedervereinigung Deutschlands.

(Zuruf von der SPD: "Sehr richtig!")

Der Bundeskanzler hat keinerlei Sicherheit dagegen, daß z.B. die französische Politik die Verträge dem französisch-russischen Pakt von 1944 unterordnet. Schon jetzt machen sich doch Tendenzen bemerkbar, mit Sowjetrußland auf der Grundlage der Teilung Deutschlands zu paktieren.

Bei den Verhandlungen im Senat der Vereinigten Staaten wurde übrigens ausdrücklich darauf hingewiesen, und zwar vom amerikanischen Außenminister, daß in der Frage der Wiedervereinigung "Frankreichs traditionelle Furcht" durch die Verträge verkleinert worden sei.

Es wird sich bald herausstellen, daß von allen vertragsschließenden Partnern nur die Bundesrepublik wirklich gebunden ist. ...

Aufrichtiger wäre es - ich sage das freimütig -, wenn die Befürworter der Verträge sagten: Jawohl, wir geben zu, für eine geraume Zeit müssen wir die Wiedervereinigung zurückstellen, aber wir haben dafür die und die Begründung. Denn das ist ja der Tatbestand, den Sie mit Kopfschütteln oder mit Ihren Wünschen nicht aus der Welt schaffen können!

Die Bundesrepublik unterwirft sich damit in dieser ihrer Lebensfrage einer Strategie, auf deren Ausgestaltung sie ohne Einfluß ist, die aber für die deutschen Lebensinteressen entscheidend ist. ...

Aus Besatzungsfesseln werden Bündnisfesseln, und es ist mehr als fraglich, wie diese Bündnisfesseln, die unter dem Übergewicht der Besatzungsmächte geschmiedet worden sind, bei unseren Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und mit friedlichen Mitteln fördern statt hemmen sollen. ...

Nach der mehr oder weniger offen ausgesprochenen Ansicht westlicher Vertragspartner und ihrer Publikumsorgane und nach ihren Interessen ist unter Umständen das Fortbestehen der Teilung Deutschlands das "kleinere Übel". ...

... Wiedervereinigung bedeutet die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in den 4 Zonen und Berlin ohne Zonenunterschiede. ...

Die Bundesregierung wird ersucht, den Besatzungsmächten förmlich mitzuteilen, Bundestag und Bundesregierung erwarten, daß die Regierungen der 4 Besatzungsmächte so bald wie möglich in Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen eintreten. ...<<

In der Schlußakte der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (28. September bis 3. Oktober 1954) wurde die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungssystem bestätigt (x156/81): >>... II. Brüsseler Vertrag ...

a) Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden aufgefordert werden, dem Vertrag beizutreten, der in geeigneter Weise geändert wird, um dem Ziel der europäischen Einheit Nachdruck zu verleihen; die beiden Staaten haben sich zu diesem Beitritt bereit erklärt. Das System der gegenseitigen automatischen Beistandsleistung im Angriffsfall wird damit auf die Bundesrepublik Deutschland und Italien ausgedehnt. ...

Der Umfang und die allgemeine Beschaffenheit des deutschen Verteidigungsbeitrags werden dem für die EVG festgesetzten Beitrag entsprechen. ...

Der Bundeskanzler erklärt, daß sich die Bundesrepublik verpflichtet, auf ihrem Gebiet keine Atomwaffen, chemische Waffen oder biologische Waffen herzustellen. ...<<

Bundeskanzler Adenauer verpflichtete sich ferner in der "Londoner Erklärung", die Wiedervereinigung Deutschlands oder Änderung der gegenwärtigen Grenzen niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen (x125/94-95).

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 4. Oktober 1954 an den britischen Premierminister Churchill (x095/177): >>... Auf der Neunmächtekonferenz in London ist die so stark ge-

fährdete Einheit der westlichen Welt wiederhergestellt worden.

Für die Bundesrepublik bedeutet diese Konferenz zugleich einen entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiederherstellung ihrer Souveränität und ihrer Aufnahme in die beiden großen Vertragssysteme der westlichen Welt, den Pakt von Brüssel und die nordatlantische Organisation.

Damit wird, sobald die Verträge ratifiziert sind, die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz als ein gleichverpflichteter und gleichberechtigter Partner innerhalb der freien Welt finden. ...<

Bundeskanzler Adenauer unterrichtete den Bundestag am 5. Oktober 1954 über den Abschluß der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (x156/82-83): >>... Es wird in aller Deutlichkeit klargestellt werden können, daß die Bundesrepublik die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird. Die Notstandsklausel entfällt. ... Ein neuer Truppenvertrag nach dem Modell des NATO-Truppenstatus wird ausgehandelt werden, um den Truppenvertrag des Bonner Vertragswerks abzulösen.

Auf finanziellem Gebiet ist es gelungen, zu einer Gesamtvereinbarung zu kommen, die das Auslaufen des Besatzungskostenrechts, die Stationierungsverhältnisse während der Interimszeit und gewisse Finanzfragen für die Zeit nach dem NATO-Eintritt regelt. Die Bundesrepublik wird schnell auch finanziell den Status aller übrigen NATO-Staaten erhalten. Es ist Sorge getragen, daß über alle Verpflichtungen neu verhandelt wird, wenn der Eintritt in die NATO nicht bis zum 30. Juni 1955 vollzogen sein sollte. ...

Das Ergebnis von London erfüllt uns mit Genugtuung und Hoffnung. Die Tatsache, daß unsere Außenpolitik eine Zeit schwerer Erschütterungen überwinden konnte, scheint mir ein sicherer Beweis zu sein, daß ihre Grundkonzeption richtig war und ist. Ich halte es für notwendig, daß wir uns in dieser Stunde noch einmal vergegenwärtigen, welche Ziele unser außenpolitisches Handeln in den letzten Jahren bestimmt haben.

Als die Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm, ergaben sich folgende zentrale Probleme:

1. Die Herstellung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Bundesrepublik.
2. Die Wiedervereinigung Deutschlands.
3. Der Zusammenschluß des freien Europas und die Eingliederung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft. ...

... Der europäische Gedanke hat unser nationales Leben tiefgehend und in der glücklichsten Weise beeinflußt. Die Deutschen haben dem reaktionären Nationalismus abgesagt. Sie haben in vielen Wahlen die extremen politischen Auffassungen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Das deutsche Volk ist auch der Bundesregierung gefolgt, als sie sich mit aller Kraft für das Zustandekommen der EVG eingesetzt hat. ...

Ich wiederhole deshalb die Erklärung, die ich den 9 Mächten gegenüber abgegeben habe, daß die Bundesregierung bereit ist, ihre Streitkräfte in eine integrierte europäische Organisation zu überführen, sobald eine solche geschaffen wird. ...<<

Obwohl Stalin im Jahre 1952 die Rückgabe der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NATO angeboten hatte, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Die geplante deutsche Bundeswehr wurde danach in die NATO-Strukturen integriert und die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich damals bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.

Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entfiel im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die Bundesrepublik Deutschland sollte endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte erhalten. Tatsächlich blieben jedoch weiterhin wesentliche Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes der alliierten Siegermächte bestehen.

Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn, zu denen als 8. Staat die DDR gehörte) schlossen am 14. Mai 1955 in Warschau den Warschauer Beistandspakt bzw. ein Militärbündnis gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellten sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.

Die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes beschlossen am 25. Februar 1991 in Budapest die Auflösung des Militärbündnisses (Ende des sog. "Kalten Krieges").

Die Bundeswehr begann am 2. Januar 1956 ihren Dienst.

Der Fahneid der Bundeswehr lautete wie folgt (x243/211): >>... Ich gelobe der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.<<

Am 18.1.1956 wurde in der Volkskammer das "Gesetz über die Schaffung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" verabschiedet.

Der Fahneid der Nationalen Volksarmee (NVA) lautete wie folgt (x243/211): >>Ich schwöre: Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter- und Bauernregierung gegen jeden Feind zu schützen.

Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder als Soldat jederzeit bereit zu sein ...

Ich schwöre: ... Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Fahneid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen.<<

Während der Wiedervereinigungsverhandlungen Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 setzten die USA schließlich die Verlängerung der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland durch.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**

Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.

Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. März 1996: >>**NATO hält an Osterweiterung fest**

... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."

Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.

Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>**Teures Vergnügen**

Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg fei-

ern. ... Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.

Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird – es ist ein teures Vergnügen. ...

Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. Die drei hoffen auf Hilfe der Amerikaner und Westeuropäer. ...

Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juli 1997: >>**NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern**

Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid. US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. September 1997: >>**Deutsche zahlen halbe Milliarde**

... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.

In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>**NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...**

Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... die Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.

Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".

Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."

Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

Die Tageszeitung "Berliner Zeitung" berichtete am 14. April 2014: >>>**Rußland und Deutschland: Es geht nicht um die Krim**

Rolf Hochhuth

Genau so, als hätte Kalifornien einst dem Warschauer Pakt beitreten wollen, muß heute umgekehrt auf Rußland die Einladung des Westens an die Ukraine wirken, der EU, ja sogar der Nato beizutreten. Das wird westlich der Weichsel so ungern gehört, wie es unerfreulich wahr ist. Daß ausgerechnet Deutschland sich seit Beginn der 90er-Jahre von den USA vorspannen läßt bei deren Bemühen, ihre Einflußmacht bis zur Trennung der Moskau-Russen von denen der Kiew-Russen zu treiben, ist insofern unentschuldig, als bekanntlich wir Deutschen es gewesen sind, die sich von ihrem Braunauer und späteren Auschwitzer zum Amoklauf nach Stalingrad haben benutzen lassen.

Wobei man ehrlicherweise hinzufügen sollte - ich war erst zehn, als der begann, konnte aber die Generation meiner Eltern schon ziemlich genau beobachten -, daß es keinesfalls Hitler allein war, der allen Ernstes geglaubt hat, es könne, mit einem noch völlig ungeschlagenen Großbritannien samt seinem Churchill im Rücken, glücken, Rußland zu besiegen: Wir können uns heute keine Vorstellung mehr davon machen, die Jahrgänger meiner Kinder und Enkel schon gar nicht mehr, wie der "Siegeszug" über Frankreich in nur sechs Wochen, die ganze Nation um Maß und Verstand gebracht hatte!

In der Regel die Russen unterschätzt

Das ist mit uns Deutschen besonders leicht anzustellen: "Kein Augenmaß", urteilte hellsichtig Bismarck über den Twen Wilhelm der Letzte, der ihn drei Wochen vor seinem 75. Geburtstag hinauswarf. Viele Deutsche leben mit diesem Mangel: Hitlers Stabschef Halder, der im Vorjahr binnen sechs Wochen, ab 10. Mai bis Mitte Juni, durch Frankreich bis zur Kanalküste gepanzert war, schrieb 14 Tage nach Beginn von Hitlers Überfall auf seinen getreuen Rohstoff-Lieferanten Stalin, es sei nicht zu viel gesagt, stelle man fest, daß "der russische Feldzug in drei Wochen gewonnen" worden sei: So hatte der deutsche Generalstab auch nicht für nötig gehalten, den Soldaten Handschuhe nach Rußland mitzugeben. ...

Nur an solchen Einzelheiten, die in psychiatrische Krankenblätter gehören, ist heute noch annähernd abzulesen - die so sich nennenden Historiker halten es meist für unter ihrer Würde, derartige Albernheiten zu berichten - wie Deutsche nicht ausnahmsweise, sondern in der Regel die Russen unterschätzt haben!

Mit zwei Ausnahmen: Friedrich der Große und Bismarck. Der König, in seinem Testament, hat allen Nachfolgern verboten, mit den "Barbaren im Osten" Händel anzufangen, da man ihnen "den Schaden, den die einem zufügen können, niemals heimzahlen kann"!

Und Bismarck - "Ich habe in das Auge des Bären gesehen" sagte er, einst Botschafter in Petersburg, noch angstvoll im Alter -, konnte erst ruhig schlafen, als er seinen "Geheimen Rückversicherungs-Vertrag mit Petersburg" schriftlich hatte: Die beiderseitige Garantie, ihre Staaten blieben "wohlwollend neutral", werde einer von ihnen in Konflikt mit einer Großmacht verwickelt.

Doch der Kaiser lehnte wenige Wochen nach Bismarcks Sturz ab - diesen Vertrag zu verlängern, mit dem kleinstkariert-idiotischen "Argument", das Geheimrat Holstein ihm eingeredet hatte: Der Vertrag sei amoralisch, nämlich Ehebruch, Bigamie - da er vor Wien geheim gehalten werden mußte. ...

Groteske Pointe

Man glaubt dies alles nicht mehr, so albern-verjährt ist das heute! Doch durchaus geblieben ist die deutsche Instinktlosigkeit, den USA zu parieren, wenn die ihre Interessen vertreten, die niemals die unseren sein können. Einfach deshalb nicht, weil die Russen unsere allernächsten Nachbarn sind, nicht aber die Amerikas. Und weil nicht USA-Truppen vor 70 Jahren zur Krim stiefelten, sondern deutsche. Stalin sagte damals trostlos zu Churchill, weil die Invasion

der Briten und Amerikaner in Frankreich drei Jahre auf sich warten ließ: "Die Rote Armee verliert am Tag 10.000 Mann!"

Ein Beispiel noch, fast schon überflüssig: Welcher Deutsche hätte welches "Recht", sich einzumischen, wenn Putin darauf besteht, Rußlands einziger eisfreier Hafen - bevor Stalin, nach Ende des Hitlerkrieges, Königsberg behielt -, müsse weiterhin Rußland gehören wie seit Jahrhunderten?

Man frage sich: Wie würden die Russen Putin aburteilen, wenn er die Krim der Ukraine überließe - ausgerechnet in dem Moment, in dem die Ukrainer sich bemühen, ebenso in die Nato aufgenommen zu werden wie schon das Baltikum! Würde Putin nicht geradezu die Sicherheit Rußlands aufs Spiel setzen?

Groteske Pointe: Eine Deutsche war es, Sophie von Anhalt-Zerbst, später von den Russen als ihre Katharina die Große vergöttert - und so heißt sie noch heute dort -, die der Großmacht Türkei die Krim abgekämpft hatte. Und erst der Ukrainer Chruschtschow hatte die Krim der Ukraine vor 60 Jahren zugeschlagen!

Übrigens sind diese ganzen zum Konflikt aufgebauchten Stänkereien nichts als das Ergebnis von immer glück-verdummender Problemlösbarkeit, die ziemlich oft schon zu Kriegen geführt hat, nach der Erfahrung von Shakespeare, der in seinem Drama über den Trojanischen Krieg schreibt: "Allzu langer Friede führet zum Streit." Denn in beiden Weltkriegen empfanden Russen und Ukrainer sich als das, was sie seit 1.000 Jahren sind, als Brudervölker, die ihr gemeinsames Vaterland gegen Deutsche, Österreicher und Türken verteidigten.

Helmut Schmidt, noch mit 94 der klügste BRD-Politiker, hat durchschaut, was in Wahrheit gespielt wird: Nicht um die Krim geht es momentan, diese Insel ist nur der sichtbarste Ausdruck dessen, was seit Jahrzehnten von der westeuropäischen Vormundschaftsbehörde Pentagon angezielt wird: "Die Idee, die Ukraine und Georgien in die Nato aufzunehmen, stammt aus den USA. Nach den Reden einiger amerikanischer Zeitungen sind dafür menschenrechtliche Gesichtspunkte ausschlaggebend, ... aber es sind imperiale Motive, die dahinterstehen.

Wir Deutschen haben angesichts unserer Geschichte im 20. Jahrhundert gute Gründe, mit eigener Beteiligung an militärischen Interventionen zurückhaltend zu sein. Bisweilen hört man, wir müßten uns aus Solidarität im Nato-Bündnis an militärischen Interventionen beteiligen. Das Argument paßt besser in die Nibelungensage als in die heutige Wirklichkeit. Denn das nordatlantische Bündnis war und ist ein Verteidigungsbündnis, nicht etwa ein Bündnis zur Umgestaltung der Welt."

Bismarck würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, was Europäer sich hier von den Amerikanern aufbürden lassen.

Doch die USA können trotzdem ruhig schlafen: Sie wissen ja, was wir Europäer, mit denen sie seit dem Kalten Krieg Blinde Kuh spielen, erst vor zwei Jahren erfahren haben. Und was sie sogar dem allertreuesten ihrer Partner, Konrad Adenauer, stets verschwiegen haben:

Daß Kreml und Weißes Haus seit 1952 ein Geheimabkommen haben, demzufolge, sollte doch der Kalte Krieg in einen heißen ausarten, garantiert in Rußland und Amerika keine Fensterscheibe kaputtgeht, sondern "lediglich" Polen und Germany weggemacht werden: Der ungeheuerlichste Verrat an einem Verbündeten, von dem je erfahren hat, wer noch Geschichte liest. ...

Doch verraten - man hüte sich vor jedem, der einem dankbar sein muß - haben vor allem wir Deutschen wieder einmal die Russen!

So mußte Michail Gorbatschow gegenüber dem Bild-Chefredakteur Kai Diekmann resümieren, und damit ist hier hoffentlich genug gesagt, was uns Deutsche endlich zur kritischen Selbstbefragung hinsichtlich unserer noch andauernden Betrugspolitik gegen Rußland anregen sollte. Gorbatschow sagte: "Kohl, US-Außenminister James Baker und andere sicherten mir zu, daß die Nato sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde. Daran haben sich die

Amerikaner nicht gehalten, und den Deutschen war es gleichgültig. Vielleicht haben sie sich sogar die Hände gerieben, wie toll man die Russen über den Tisch gezogen hat. Was hat es gebracht? Nur, daß die Russen westlichen Versprechungen nun nicht mehr trauen."

Kanzler Kohl hatte sein Versprechen an Herrn Gorbatschow sogar unter Zeugen mit "Ehrenwort" bekräftigt.

Der Dramatiker Rolf Hochhuth lebt in Berlin. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 10. Januar 2015 über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremlchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. September 2015: >>**Von Hiroshima zu Euroshima**

Die USA wollen auch auf unserem Kontinent wieder nuklear aufrüsten: Wie in den 1980er Jahren wird die Stationierung von Marschflugkörpern geplant. ...

Was die Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis nimmt: Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen Rußland wird bereits geprobt! Zum Beispiel im Manöver Steadfast Noon im Oktober 2014: Kampfflugzeuge aus sieben NATO-Staaten starteten von der Luftwaffenbasis Ghedi Torre in Norditalien, wo etwa 20 US-Atombomben gebunkert sind. Getestet wurde die sogenannte nukleare Teilhabe: Trägerstaaten aus Staaten wie der Bundesrepublik, die selbst auf Massenvernichtungswaffen verzichtet haben, werden im Ernstfall mit US-Nuklearsprengköpfen bestückt. ...

In einer aktuellen Studie fordert das regierungnahe Polish Institute for International Affairs einen "radikalen Wechsel im bürokratischen NATO-Herangehen in Bezug auf Atomwaffen". Die NATO solle nicht nur insgeheim den Atomwaffeneinsatz üben - genannt wird die Beteili-

gung von strategischen B-52-Bombern am Ostsee-Manöver Baltops im Juni 2015 -, sondern das auch offensiv kommunizieren. Um eine "atomare Botschaft" an Moskau zu schicken, sollten in solche Testläufe "so viele Alliierte wie möglich" einbezogen werden.

Parallel will das Pentagon "implizit - wenn auch nicht explizit erklärt - die Fähigkeit von US-Atomwaffen verbessern, militärische Ziele auf russischem Territorium zu zerstören". Genau dazu dürften die neuen Cruise Missiles in Europa dienen. Man bedenke: Es geht hier um "pre-emptive strikes", also um "vorbeugende Schläge", noch bevor Rußland NATO-Territorium attackiert hat, also um einen Angriffskrieg mit Atomwaffen! Aber das paßt ja zur Aussage von General Joseph Dunford, ab September 2015 Nachfolger von Dempsey im US-Oberkommando, der die "Atommacht Rußland ... für gefährlicher als die Terrormiliz Islamischer Staat hält". ...<<

Die "Neue Rheinische Zeitung-ONLINE" veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>**Krieg und Frieden**

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"

Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae". ...

"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"

Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen.

Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? ...

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht." ...<<

Schlußbemerkungen: Angesichts der aggressiven Osteuropapolitik der NATO sollte die Bundesrepublik Deutschland umgehend die Neutralität bzw. Bündnisfreiheit - nach dem Vorbild Finnlands, Österreichs, Schwedens und der Schweiz - anstreben.

Falls das US-Imperium den vermutlich bereits geplanten Krieg gegen Rußland beginnt, werden die Russen sicherlich zuerst die US-Atomwaffenstützpunkte in Deutschland angreifen und vernichten.

Die Tageszeitung "Berliner Zeitung" berichtete am 14. April 2014 über ein US-Geheimabkommen mit der UdSSR: >>**Rußland und Deutschland: Es geht nicht um die Krim**

Rolf Hochhuth

... Helmut Schmidt, noch mit 94 der klügste BRD-Politiker, hat durchschaut, was in Wahrheit gespielt wird: Nicht um die Krim geht es momentan, diese Insel ist nur der sichtbarste Ausdruck dessen, was seit Jahrzehnten von der westeuropäischen Vormundschaftsbehörde Pentagon angezielt wird: "Die Idee, die Ukraine und Georgien in die Nato aufzunehmen, stammt aus den USA. Nach den Reden einiger amerikanischer Zeitungen sind dafür menschenrechtliche Gesichtspunkte ausschlaggebend, ... aber es sind imperiale Motive, die dahinterstehen.

Wir Deutschen haben angesichts unserer Geschichte im 20. Jahrhundert gute Gründe, mit ei-

gener Beteiligung an militärischen Interventionen zurückhaltend zu sein. Bisweilen hört man, wir müßten uns aus Solidarität im Nato-Bündnis an militärischen Interventionen beteiligen. Das Argument paßt besser in die Nibelungensage als in die heutige Wirklichkeit. Denn das nordatlantische Bündnis war und ist ein Verteidigungsbündnis, nicht etwa ein Bündnis zur Umgestaltung der Welt."

Bismarck würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, was Europäer sich hier von den Amerikanern aufbürden lassen.

Doch die USA können trotzdem ruhig schlafen: Sie wissen ja, was wir Europäer, mit denen sie seit dem Kalten Krieg Blinde Kuh spielen, erst vor zwei Jahren erfahren haben. Und was sie sogar dem allertreuesten ihrer Partner, Konrad Adenauer, stets verschwiegen haben: Daß Kreml und Weißes Haus seit 1952 ein Geheimabkommen haben, demzufolge, sollte doch der Kalte Krieg in einen heißen ausarten, garantiert in Rußland und Amerika keine Fensterscheibe kaputtgeht, sondern "lediglich" Polen und Germany weggemacht werden: Der ungeheuerlichste Verrat an einem Verbündeten, von dem je erfahren hat, wer noch Geschichte liest. ...<<